

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 14. November 1972

Blatt 2848

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Umweltkonferenz der IULA im Wiener Rathaus
Wiener Gemeindebudget 1973 - 24 Milliarden - davon
1,3 Milliarden durch Änderung der Besoldungsver-
rechnung

Wiener Zuwandererfonds: Telefonischer Tonbanddienst
ein voller Erfolg

Europäische Tagung über Probleme der Heimerziehung

Lokal:

Für den ORF: Wien erhöht Beteiligung von 240.000
Schilling auf 24,4 Millionen Schilling

In diesem Herbst: 3.500 Bäume und 36.000 Sträucher
Kellereinsturz in Heurigenlokal

Kulturdienst:

Am Donnerstag: Überreichung der Wiener Förderungspreise
Weitere Mittel für Wiener Privattheater

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
neue Fernschreibnummer (1) 3240

k o m m u n a l : .

=====

umweltkonferenz der iula im wiener rathaus:

slavik: umweltschutz wird opfer aller erfordern

8 wien, 14.11. (rk) neunzig experten aus dreizehn laendern nehmen am umweltkongress des weltverbandes der gemeinden iula (international union of local authorities) teil, der diensttag vormittag vom praesidenten der iula buergermeister felix s l a v i k im wiener rathaus eroeffnet wurde. die beratungen, die fuer drei tage angesetzt sind, beschaeftigen sich vor allem mit der frage, welche schlussfolgerungen aus der stockholmer umweltkonferenz der uno fuer die gemeinden zu ziehen sind.

in seiner eroeffnungsrede definierte buergermeister slavik als umweltpolitik alle massnahmen, die notwendig sind, um dem menschen eine umwelt zu sichern, wie er sie fuer seine gesundheit und fuer ein menschenwuerdiges dasein braucht, um boden, luft und wasser, pflanzen- und tierwelt vor nachteiligen wirkungen zu schuetzen und um schaeden oder nachteile aus menschlichen eingriffen zu beseitigen.

wirksamer umweltschutz sei nur moeglich, wenn alle zusammenarbeiten. die gemeinden allein seien ueberfordert, selbst staetliche initiativen seien zu wenig. umweltschutz sei ein weltweites anliegen geworden, das weltweite zusammenarbeit erfordere. slavik verwies auf ein konkretes beispiel: wien baue mit einem aufwand von zwei milliarden schilling eine grossklaeranlage, die jedoch nur jenen zugutekomme, die unterhalb wiens an der donau zu hause sind. nach wien werde das donauwasser weiter verschmutzt kommen. die stadt wien werde sich deshalb mit der forderung an den bund wenden, eine einheitliche gesetzliche regelung fuer die reinhaltung der gewaesser zu schaffen. darueber hinaus muessten internationale vereinbarungen auf diesem gebiet

geschaffen werden. nur dann koenne dieses problem ''an der quelle'' beseitigt werden.

abgasarme autos fuer alle

slavik verwies auf die notwendigkeit, den verkehr um die ballungsraeume herumzuleiten. besonders bei der planung von autobahnen muesse beruecksichtigt werden, dass diese dem ueber-regionalen verkehr zu dienen haben und keinesfalls zusaetzliche verkehrsstroeme in verbaute gebiete leiten duerfen.

internationale erfahrungen zeigten allerdings, dass selbst autobahnen mit 16 und 18 spuren, wie sie in den usa entstanden, das verkehrsproblem nicht loesen koennen. die mittel, die in oesterreich ausschliesslich fuer den strassenbau reserviert sind, sollten deshalb in zukunft allgemein fuer die loesung von verkehrs-problemen herangezogen werden, nicht fuer den strassenbau allein. die kapazitaet vieler strassen koennte wesentlich erhoehrt werden, wenn der ruhende verkehr von ihnen entfernt werden koennte, wofuer grosse investitionen notwendig seien.

slavik verwies darauf, dass sich die stadt wien kuerzlich an die bundesregierung gewandt habe, sie moege ein gesetz schaffen, durch das die abgase der autos auf ein minimum reduziert werden. das sei sicher nicht sofort durchfuehrbar, aber eine terminisierte loesung wie in den usa sei moeglich. die geringe verteuerung der fahrzeuge, die sich daraus ergeben wuerde, duerfe im interesse der gesundheit der menschen keine rolle spielen. es sei jedenfalls nicht einzusehen, warum es in einigen jahren zweierlei autos geben solle, abgasarme fuer die amerikaner, umweltfeindliche fuer alle anderen.

verursacher sollen kosten tragen

slavik befasste sich schliesslich mit dem problem, wer die kosten fuer den umweltschutz tragen solle. grundsuetzlich sei dies der verursacher von umweltbelastungen. der verursacher sei aber nicht einfach derjenige, der am ende eines produktions- oder konsumprozesses steh^e. als verursacher muesse man auch jemanden einschliessen, der durch anwendung oder propagierung eines

bestimmten produktes die grundlage fuer eine spaetere belastung der umwelt legt. derzeit werde das verursacherprinzip vielfach durchbrochen und statt dessen die allgemeinheit belastet, die einerseits schaeden hinnehmen und andererseits die mittel fuer ihre beseitigung aufbringen muesse. das bedeute, dass produkte und leistungen haeufig zu niedrigeren preisen angeboten wuerden, als dies bei belastung mit allen durch sie verursachten kosten der fall waere. das fuehre haeufig zu groesserer nachfrage nach diesen produkten. den preis dafuer bezahlen oft jene mit, die von den produkten nicht den geringsten nutzen haben.

mit ruecksicht auf die konkurrenzfaehigkeit von betrieben komme es oft vor, dass bestehende gesetzliche bestimmungen nicht streng genug gehandhabt werden. durch internationale vereinbarungen muesste deshalb chancengleichheit geschaffen werden, damit wirk-same ergebnisse erzielt werden koennen.

die wirtschaft, betonte slavik, werde in den naechsten jahren wesentlich mehr mittel fuer den umweltschutz aufbringen muessen. es waere jedoch eine illusion, zu glauben, dass eine verbesserung der situation ohne beitrag jedes einzelnen buergers moeglich waere. hoehere kosten fuer waren und dienstleistungen wuerden sich ebenso-wenig vermeiden lassen wie eine erhoehung kommunaler abgaben.

slavik erinnerte abschliessend daran, dass die internationale parlamentarierkonferenz 1971 dafuer eingetreten sei, das recht auf eine bessere umwelt in die allgemeine menschenrechtserklaerung der vereinten nationen aufzunehmen. die gemeindevertreter in aller welt sollten die grundlagen dafuer schaffen, dass dieses recht zur selbstverstaendlichkeit werde.

neue masstaebe in der umweltpolitik noetig

wissenschaft und technik muessen richtlinien und voraussetzungen fuer eine vernueftige umweltpolitik erarbeiten, die kommunalpolitik muss fuer eine rasche auswertung dieser erkenntnisse und fuer eine entsprechende ueberwachung sorgen. diese anliegen standen im mittelpunkt des ersten hauptreferates bei der umweltkonferenz der

iula, das univ.-prof. ddr. manfred haider, vorstand der Lehrkanzel fuer umwelthygiene an der wiener universitaet, hielt.

vielfach unterschaezte man noch immer die gefahren, die in starker zunahme der bevoelkerung, urbanisierung, industrialisierung, steigendem rohstoff- und energieverbrauch, kfz- und flugverkehr, zunahme des abfalls und der potentiellen giftstoffe liegen. die volle erkenntnis dieser gefahren erzwingt zwar keine voellige absage an den fortschritt, aber neue masstaebe. zukuenftige entwicklungen muessten hinsichtlich ihrer oekologischen auswirkungen beurteilt werden, moeglichst einheitliche umwelthygienische richt- und grenzwerte seien anzustreben. die wissenschaft muesse die voraussetzungen dafuer schaffen, die technik muesse die entwicklung umweltfreundlicher technologien vorantreiben. dabei sei ein verschieben von einem gebiet der umweltgefahrdung auf ein anderes zu vermeiden.

prof. haider zitierte abschliessend sigmund freud, der in den dreissiger jahren ueber das 'unbehagen in der kultur' geschrieben und ausgefuehrt habe, dass es eine schicksalsfrage sein werde, ob die menschheit die tendenzen zur aggression und selbstvernichtung, die in ihr liegen, beherrschen werde koennen. die umweltgefahrdungen fuehren uns dieses unbehagen in der kultur und ein noch zusaetzliches unbehagen in der zivilisation deutlich vor augen. unsere industriegesellschaft habe eine art von hybris erfasst, die nur durch eine vorausschauende und wirksame umweltpolitik gebaendigt werden koennen.

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeindebudget 1973 - 24 milliarden
davon 1,3 milliarden durch aenderung der besoldungsverrechnung

9 wien, 14.11. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister felix
s l a v i k fand diensttag eine gemeinsame sitzung des wiener
stadtsenats und des finanzausschusses des gemeinderats statt.
finanzreferent otto s c h w e d a brachte dabei den voranschlag
der bundeshauptstadt wien fuer 1973 fristgerecht ein.

bei dem wiener voranschlag 1973 handelt es sich um ein
rekordbudget, dessen hoehe zum teil jedoch auf eine aenderung der
besoldungsverrechnung fuer die landeslehrer mit dem bund zurueck-
zufuehren ist. der voranschlag sieht einnahmen in der hoehe von
24.274,699.900 schilling und ausgaben in der hoehe von
24.595,531.000 schilling vor. daraus ergibt sich ein abgang von
320,831.100 schilling. die ausgaben und einnahmen steigen somit
um ungefaehr 20 prozent. da jedoch in diesen summen ein betrag
von 1.318 millionen schilling fuer die geaenderte verrechnung der
besoldung der landeslehrer auf grund einer bundesregelung enthalten
ist, der bei vergleichen abgezogen werden muesste, betraegt die
eigentliche steigerung des budgetrahmens auf der einnahmen- und
ausgabenseite ungefaehr 14 prozent. dies entspricht etwa der
vorjaehrigen steigerungsrate. da der veranschlagte abgang nur
1,3 prozent betraegt, kann das wiener budget fuer 1973 als
ausgeglichen betrachtet werden.

wie stadtrat schweda mitteilte, wird nunmehr der budget-
entwurf gedruckt. er wird in der zeit vom 28. november bis
5. dezember (ausser samstag und sonntag taeglich von 7.30
bis 16 uhr) bei der rathaus-information in der schmidthalle des
rathauses zur oeffentlichen einsicht aufliegen. der wiener
gemeinderat wird die beratungen des budgets 1973 am 11. dezember
beginnen und am 20. dezember beenden. die budgetberatungen des

wiener gemeinderats sind oeffentlich und nach behebung einer zuhoenerkarte fuer jedermann zugaenglich.

geehrte redaktion

ueber die globalen zahlen der wirtschaftsplaene der wiener stadtwerke fuer 1973 wird die ''rathaus-korrespondenz'' montag, den 27. november, nach der sitzung des gemeinderatsausschusses fuer die staedtischen unternehmungen berichten.

die einzelheiten des budgets der hoheitsverwaltung und der wirtschaftsplaene der stadtwerke liegen fuer die vertreter der presse ab 28. november im pid, 1, volksgartenstrasse 3, 3. stock, bereit.

1305

k o m m u n a l :

=====

wiener zuwandererfonds:

telefonischer tonbanddienst ein voller erfolg

1 wien, 14.11. (rk) der im sommer des heurigen jahres auf grund eines uebereinkommens zwischen der generalpostdirektion und dem wiener zuwandererfonds installierte tonbandnachrichtendienst in serbokroatischer sprache hat sich bestens bewaehrt. immer mehr jugoslawische arbeitnehmer machen von der moeglichkeit gebrauch, sich durch die wahl der kurznummer 1532 mit den neuesten informationen zu versorgen. so betrug die frequenz im oktober bereits mehr als 600 anrufe.

der tonbanddienst, der zu jeder tages- und nachtzeit angerufen werden kann, bietet sowohl hinweise auf die wichtigsten beratungsdienste, gibt ratschlaege in verschiedenen fragen des alltags aber auch kurzinformationen aus der heimat. die dauer des nachrichtenblocks - der jeweils einmal woeentlich erneuert wird - betraegt drei minuten, was der gespraechsdauer eines oeffentlichen telefons entspricht.

0906

k o m m u n a l :

=====

europaeische tagung ueber probleme der heimerziehung

2 wien, 14.11. (rk) aktuelle probleme der heimerziehung im europaeischen vergleich bilden den inhalt einer dreitaegigen tagung, die unterrichtsminister dr. fred s i n o w a t z morgen, mittwoch, um 9.30 uhr, im franz domes-heim, 4, theresianumgasse 16-18, eroeffnen wird. die veranstaltung, an der paedagogen aus ganz europa teilnehmen werden, wird von der oesterreichischen sektion der fice (internationale vereinigung fuer erzieher) durchgefuehrt.

paedagogen aus oesterreich, der brd, der ddr, der cssr, der schweiz und holland werden dabei ueber die problematik der heimerziehung aus der sicht ihrer laender referieren und diese sodann in form von forumsdiskussionen analysieren.

0956

L o k a l :

=====

fuer den orf:

wien erhoehrt beteiligung von 240.000 schilling
auf 24,4 millionen (rufz.)

10 wien, 14.11. (rk) gewaltig aufgestockt hat wien seine be-
teiligung am orf im zusammenhang mit einer erhoehung des stamm-
kapitals der oesterreichischen rundfunk ges.mbh. von 115 millionen
auf 230 millionen. wien erhoehrt im rahmen der beteiligung
der einzelnen bundeslaender als gesellschaftler des orf seinen
geschaeftsanteil von 239.168 schilling auf 24,406.437 schilling.
die wiener landesregierung fasste am dienstag auf antrag von
stadtrat s c h w e d a einen einstimmigen beschluss.

vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r
erklaerte als mitglied des orf-aufsichtsrates gegenueber einem
vertreter der "rathaus-korrespondenz", dass wien damit wohl einen
bedeutenden finanziellen beitrag fuer den orf leiste. man erwarte
sich dafuer, dass dies auch in einer besseren leistung des orf fuer
das land und die stadt wien und deren bevoelkerung zum ausdruck
komme. auch stadtrat dr. maria s c h a u m a y e r sprach die
hoffnung aus, dass die erhoehung der beteiligung der staerkung
der laenderrechte im orf dienen werde.

der beschluss der wiener landesregierung geht auf einen be-
schluss der landeshauptleute-konferenz von juni dieses jahres
zurueck, sich an der erhoehung des stammkapitals des orf so
zu beteiligen, dass die laender zusammen insgesamt 49 prozent des
stammkapitals aufbringen. die aufteilung erfolgt nach der
bevoelkerungszahl.

L o k a l :

=====

in diesem herbst:

3.500 baeume und 36.000 straeucher

4 wien, 14.11. (rk) wie berichtet, wird kommenden donnerstag, dem 16. november buergermeister felix s l a v i k zum tag des baumes im lichtenthal einen ahorn pflanzen. insgesamt werden an diesem einen einzigen tag in ganz wien 1.000 baeume und 3.000 straeucher gesetzt werden. wie stadtrat kurt h e l l e r der 'rathaus-korrespondenz' mitteilte, beschraenken sich jedoch die bemuehungen des stadtgartenamtes um die 'aufforstung' der wienersstadt nicht auf einen tag. es ist vielmehr vorgesehen in diesem herbst ausserdem noch 2.500 baeume und 33.000 straeucher zu pflanzen. insgesamt wird somit wien in wenigen wochen um 3.500 baeume und 33.000 straeucher reicher geworden sein.

1005

kellereinsturz in heurigenlokal

11 wien, 14.11. (rk) beim umbau des kellers im heurigenlokal 19, grinzinger strasse 55, war der fussboden des kellers etwa einen halben meter abgegraben worden. dabei kam es zu setzungserscheinungen und rissen in der aussenmauer. diensttag um 9.30 uhr wurde deshalb die feuerwehr alarmiert. als sie eintraf, waren etwa drei quadratmeter mauerwerk im keller abgebrochen. die feuerwehr befestigte die mauern und das dachgewoelbe des kellers mit horizontalen und vertikalen poelzungen.

1326